

# Nächste Etappe im Streit um Baugebiet „Am See“

Stadtratsfraktionen zoffen sich weiter um umstrittenes Baugebiet / Fraktionen von CDU und SPD stimmen für Bebauungsplan

Von Sascha Diehl

**WEINSHEIM** Der Stadtrat hat an seiner umstrittenen Entscheidung vom Mai dieses Jahres festgehalten und mehrheitlich dafür gestimmt, den Weg für das kontrovers diskutierte Weinsheimer Neubaugebiet „Am See“ endgültig frei zu machen. Die Fraktionen von SPD und CDU stimmten geschlossen dafür, sämtliche Einwände und Bedenken, die beispielsweise die Wohnergemeinschaft „Am See“ gegen die geplante Bebauung ins Feld geführt hat, zurückzuweisen und den heiß diskutierten Bebauungsplan als Satzung zu beschließen. Hefiger Widerstand kam erneut aus den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, FWG/Bürgerforum sowie aus den Reihen der FDP. Die Gegner halten jedenfalls an ihrer Kritik an den Baugebiets-Plänen fest und haben, wie bereits im Mai angekündigt, notfalls mit juristischen Mitteln gegen das Neubaugebiet vorzugehen. Im Raum steht eine Normenkontrollklage, die das Oberverwaltungsgericht in Koblenz beschäftigen dürfte.



Geht es nach den Stadtratsfraktionen von CDU und SPD, kann am Weinsheimer See bald ein Baugebiet entstehen. Die Gegner des Neubaugebiets haben allerdings angekündigt, mit juristischen Mitteln gegen das Areal vorzugehen. Archivfoto: Rudolf Uhrig

vernichten würden. „Durch WIE 7 wird das Artensterben beschleunigt“, meinte Lauer, der in diesem Zusammenhang an die dort vorkommenden Zauneidechsen, Siebenschläfer oder Fledermausarten erinnerte.

„Bedenken nicht ernst genommen“  
 „Sie nehmen die Bedenken der Naturschutzverbände und der Bürger nicht ernst“, warf er den Befürwortern des Baugebiets vor. „Ich kann nicht nachvollziehen, wieso alle Einwände weggewischt werden. Wer den Artenschutz ernst nimmt und ihn nicht nur als

Sonntagsrede versteht, darf dieses Gebiet nicht zustimmen“.  
 Oberbürgermeister Michael Kissel erinnerte in seiner Entgegnung auf die Kritik daran, dass die Naturschutzbehörde der Stadtverwaltung diese Bedenken sehr wohl geprüft habe, dabei aber zu dem Schluss gekommen sei, dass Naturschutzbelange mit einem Baugebiet in Einklang gebracht werden könnten. Zudem könnten weitergehende Vorgaben im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags festgezurrt werden. Eine Einschätzung, die die Kritiker allerdings nicht teilen wollten. Dr. Uwe Radmacher (FDP) warf

Stadt und Investor bei der Prüfung von Naturschutzbelangen oder der Erstellung von Gutachten „erhebliche handwerkliche Fehler“ vor und äußerte Zweifel an der Objektivität der Naturschutzbehörde.

## FDP: handwerkliche Fehler

„Die Untere Naturschutzbehörde ist Teil der Verwaltung und nicht die objektive Stelle, als die sie immer hingestellt wird“, so Radmacher. Zudem seien Gutachten unvollständig und das Plangebiet nicht vollständig untersucht. „Das“, meinte der Liberale, „wird

vor Gericht eine Rolle spielen“. Unterstützt wurde Radmacher von Mathias Englert, der ebenfalls kritisierte, dass der Naturschutz für die Befürworter kaum eine Rolle zu spielen scheine. „Außerdem verstößt das Gebiet gegen den Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung“, sagte Englert. „Allerdings wird das Thema ohnehin vor Gericht geklärt und dort wird die Stadt verlieren“. Hinzu komme, so Uwe Radmacher, dass die Kosten für eine Erschließung förmlich explodieren würden, so dass sich kaum jemand ein Grundstück in exklusiver Lage werde leisten können

Die Folge sei, so Radmacher, „dass irgendwann doch dreigeschossige Gebäude zugelassen werden und dann ist wieder ein hochwertiges Wohngebiet vernichtet“. Karl Müller (FWG/Bürgerforum) bezeichnete die Baugebietspläne erneut als „städtebauliche Fehlentwicklung“ und „Verfestigung einer Splittersiedlung“, die es zu verhindern gelte.

## Kissel kontert Kritik

Harsche Kritik, die Stadtef Michael Kissel zu einer ebenso deutlichen Replik veranlasste. „Ich weiß nicht, woher sie ihre artenschutzrechtlichen Kenntnisse nehmen“, sagte Kissel auf die Kritiker im Rat gemünzt. „Ich darf die Kritik an der Naturschutzbehörde allerdings aufs Schärfste zurückweisen“. Was die Einwände Uwe Radmachers angehe, habe er den Eindruck, „dass sie anderen die Rechte verweigern wollen, die sie für sich schon in Anspruch genommen haben“. Hätte man damals, als am Weinsheimer See zuerst gebaut wurde, derartige Maßstäbe angelegt, „würde dort heute kein Stein auf dem anderen stehen“, so Kissel. „Außerdem ist es nicht das Problem der Stadt, sich über die Probleme des Investors bei der Vermarktung der Grundstücke Gedanken zu machen, da das finanzielle Risiko für die Stadt „gleich Null“ sei. „Außerdem geht es um die Arrondierung eines bestehenden Baugebiets“, so der OB.  
 Migges Glaser (FDP) warnte indes davor, einen Präzedenzfall zu schaffen. „Mit welchen Argumenten will man verhindern, dass wieder ein Investor kommt und bauen will, wenn man dieses Baugebiet ermöglicht“, fragte Glaser. Ob aus dem Projekt WEI 7 tatsächlich ein Präzedenzfall wird, bleibt jedoch abzuwarten. Zumal die Gegner - wie gesagt - die Justiz bemühen und eine höchstrichterliche Entscheidung erwirken wollen.